Irene Herzog-Feusi
Etzelstrasse 54

8808 Pfäffikon

EINSCHREIBEN
An das Bundesgericht
Avenue du Tribunal-Fédéral 29
1000 Lausanne 14

Pfäffikon, 10. November 2010

1C_327/2010/BHJ

Replik zu den Vernehmlassungsantworten (act 8 & act 18)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Anzeige der Vernehmlassungsantworten des Verwaltungsgerichts Schwyz (Vi2, act 8) und des Gemeinderats Freienbach (Vi1, act 18) und ersuche Sie, die Anträge der Vorinstanz 1 und 2 abzuweisen und meine Beschwerde antragsgemäss gutzuheissen.

Die Ausführungen werden generell bestritten, soweit ich im Folgenden nicht speziell darauf eingehe.

BEGRÜNDUNG

Die pauschale Behauptung in der Stellungnahme des Verwaltungsgerichts des Kantons Schwyz vom 5.7.2010, „*die Vorbringen der Beschwerdeführerin (seien) grösstenteils polemisch, sachfremd und (entbehrten) jeglicher sachlichen Grundlage*“ ist unhaltbar und wird bestritten. Ich verweise auf die Vorakten und die nachfolgende detaillierte Widerlegung der Ausführungen in der Vernehmlassung der Vi1 (act 18).

Warum sich die Vi2 „*soweit das Vorgehen und die Unabhängigkeit des Verwaltungsgerichts in Frage gestellt wird (...) ausdrücklich von diesen haltlosen Vorwürfen (...) distanzieren*“ will, ist ebenso wenig begründet wie die pauschale „*Anmerkung*“, dass die Vi2 sich „*nicht veranlasst sieht, zu meinen (sehr wohl sachlich begründeten) Vorwürfen näher Stellung zu beziehen*“.

Die Stellungnahme des Verwaltungsgerichts Schwyz zeigt dadurch allerdings offenkundig, dass es mir den Rechtsschutz im Rahmen meiner verfassungsmässigen Rechte als Stimmbürgerin nach wie vor geradezu pauschal verweigern will.

Das Bundesgericht wird ersucht, in Bezug auf die beanstandete Kostenauflegung einen Grundsatzentscheid zu fällen, mit dem die Glaubwürdigkeit und Effizienz des Rechtsmittels der Stimmrechtsbeschwerde für den Kanton Schwyz per se wieder hergestellt werden muss.

Überschneidung von zwei grundlegenden rechtsstaatlichen Entscheidungswegen

Es liegt hier faktisch eine Überschneidung von zwei grundlegenden rechtsstaatlichen Entscheidungswegen vor; einerseits ist die politische Willensbildung und Rechtssicherheit im Rahmen einer Urnenabstimmung betroffen, andererseits die Entscheidungsfindung via Judikative, die meine Rügen zu Verletzungen rechtsstaatlicher Regeln durch die kommunalen und kantonalen Behörden bei der Vorbereitung dieser Urnenabstimmung zu beurteilen hatte.

Da meiner Beschwerde durch das Schwyzer Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung aberkannt worden war, erfolgte die Urnenabstimmung parallel zum Beschwerdeverfahren vor Verwaltungsgericht. Daraus ergab sich die spezielle Situation, dass das ablehnende Urteil des Verwaltungsgerichts faktisch durch das Volk im Sinne meiner Beschwerde negiert, resp. unwirksam gemacht wurde.

Die von mir beanstandeten rechtsverletzenden Vorbereitungshandlungen zur Abstimmung hatten trotz exzessivem behördlichem Manipulationsaufwand (notabene auf Kosten der Steuerzahler) nicht zur Gutheissung der Vorlage gemäss der zwangsweise geforderten Kombination JA/JA geführt. Das Abstimmungsergebnis wurde und wird seither denn auch von offizieller Seite sinngemäss als ‚Zerstörung der VOH-Planung durch die Stimmbürger‘ beklagt, unterlegt mit dem unüberhörbaren Vorwurf, das Volk habe falsch entschieden und sei schuld am ganzen Scherbenhaufen. Aufgrund dieser Konstellation bestand zum Zeitpunkt der Einreichung meiner Bundesgerichts-Beschwerde die realistische Gefahr, dass eine Antragstellung auf Gesamtrevision des Urteils der Vorinstanz dazu missbraucht worden wäre, die Urnenabstimmung zu kassieren und mit der Zwängerei und unstatthaften Manipulation der Stimmbürger fortzufahren, resp. kantonale und kommunale Gelder weiterhin missbräuchlich in private Taschen von Beratungs-, Kommunikations- und Planungsfirmen umzulenken. Dies mit dem Vorwand, die – bereits längst aus sachlichen Gründen gescheiterte – Planung als sogenannt ‚Beste Lösung‘, ‚verständlicher‘ und ‚mehrheitsfähiger‘ kommunizieren zu müssen, um die ‚richtige Abstimmung‘ dann letztlich doch noch zu gewinnen.

Aktuell wird das Abstimmungsergebnis durch eine „wissenschaftliche Umfrage“ negiert

Dass die Urnen-Entscheidung weiterhin mit rechtlich unhaltbaren Mitteln unterwandert werden soll, belegt die neueste behördliche Mitteilung von heute (vgl. Beilage S.8) über die Lancierung einer Telefonumfrage, bei der es *„auch darum (gehe), Gewissheit darüber zu bekommen, ob sich einzelne Gruppierungen oder vielleicht sogar eine Minderheit Gehör verschaffen konnten, weil sich zu viele, die anderer Meinung waren, passiv verhalten haben“*.

Dass es sich hierbei um einen eklatanten Angriff auf die rechtsstaatlichen Normen der demokratischen Entscheidungsfindung handelt, steht ausser Frage.

Laut dieser Medienmitteilung soll *„der anschliessende Dialog eine demoskopisch einwandfreie Basis haben“* und *„das (namentlich nicht genannte) neutrale, wissenschaftlich arbeitende und erfahrene Institut (habe) wiederholt dazu beigetragen, ähnlich schwierige Fragenkomplexe wie die Verkehrsplanung Höfe zu klären (...). Anfang 2011 soll eine Studie vorliegen, welche die Bedürfnisse und Vorstellungen der Bevölkerung wiedergibt. (...) Mit der Studie als Grundlage soll im nächsten Jahr ein neuer Dialog beginnen (...).“*

Daraus ist aber zweifelsfrei zu folgern, dass das unliebsame Abstimmungsergebnis durch unüberprüfbare Umfrageergebnisse eines anonym und unkontrollierbar operierenden Instituts ersetzt wer-

den soll. Indem Urnenabstimmungen auf diese Art ‚nachgebessert‘, resp. ins Gegenteil verkehrt werden, verkommen sie aber zur reinen Farce.

In meiner Beschwerde ans Bundesgericht habe ich in Kenntnis dieser (in Bezug auf die Siedlungs- und Verkehrsplanung) frappant anti-demokratischen Grundhaltung der Beschwerdegegnerin explizit darauf verzichtet, gegen den gesamten Entscheid der Vorinstanz zu klagen, um dieser im Erfolgsfall nicht zu einer – wohl sehr erwünschten – Kassierung der Abstimmung vom 13.6. 2010 zu verhelfen.

Die Parteinahme der Vorinstanz zugunsten der Vi1 sowie einzelner privater Profiteure rund um die Richtplanung Höfe war so eindeutig und krass, dass – für den Fall einer Rückweisung an die Vorinstanz – auch die Ungültigerklärung der klaren Abstimmungsergebnisse vom 13.6.2010 nicht auszuschliessen war. Unter keinen Umständen wollte ich zu solchen Manövern womöglich auch noch eine entscheidende Hilfestellung liefern. Insofern habe ich auf eine vollumfängliche Beanstandung des Urteils der Vorinstanz in höherem – öffentlichem – Interesse verzichtet.

Ich nehme aber meine Rechte wahr, den Fehlentscheid der Vorinstanz in materieller Hinsicht detailliert zu rügen und stelle wegen meines Obsiegens in der Sache (abgestützt durch den klaren Volksentscheid) lediglich Antrag auf Erlass der Gerichts- und Parteientschädigungskosten.

Effektiv ist die Beschwerdegegnerschaft durch den Volksentscheid zur unterliegenden Partei geworden. Es kann deshalb nicht sein, dass ich trotz der Niederlage der Vi1 an der Urne die Kosten für ein Gerichtsverfahren und Parteientschädigungskosten zu tragen habe, in welchem ich – letztlich erfolgreich – nachweislich irreführende und missbräuchliche Vorbereitungsmaßnahmen zur Abstimmung beanstandet und substantiell begründet hatte.

Grundsätzliche Rechtsfragen

Vorliegend geht es um Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung: Darf eine kantonale Vorinstanz das Rechtsmittel der Stimmrechtsklage faktisch ausser Kraft setzen, indem dieses inhaltlich nicht rechtsgenügend behandelt wird, obwohl es umfangreiche und stichhaltige Hinweise auf Rechtsverletzungen enthält? Und darf sie die Beschwerdeführerin dann noch mit Gerichtskosten und sogar mit Parteientschädigungsfolgen abstrafen?

Unter Pkt. 3 führt die Vi1 aus, ich würde mich „an keiner Stelle darauf (berufen), dass die Vorinstanz gegen verfassungsmässige Rechte verstossen habe“. Verfassungsmässige Rechte sind aber in vielerlei Hinsicht verletzt worden, was ich in meiner Beschwerde auch dargetan habe. Insbesondere verletzt die Vorinstanz meine Parteirechte massiv, verstösst gegen alle tragenden Rechtsgrundsätze, gegen Recht und Billigkeit, gegen Treu und Glauben, verletzt das rechtliche Gehör, manifestiert sich in selten offenkundiger Parteinahme, Willkür und eigener Befangenheit und verletzt ihre elementarsten Pflichten sowie das Recht auf ein faires Verfahren gemäss Art. 6 EMRK.

a) Rechtsschutzverletzungen

Die Stimmrechtsbeschwerde ermöglicht im Rahmen der Grundrechte und Freiheitsgarantien einen Schutz gegen Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt, resp. gegen Verletzungen der mir zustehenden Verfahrensgrundrechte. Indem aber meine Rügen ohne vertiefte Prüfung geradezu pauschal abgewiesen wurden, blieb mir dieser durch Recht und Verfassung garantierte Rechtsschutz verwehrt.

Der Rechtsschutz des einzelnen Bürgers muss dem Rechtsstaatsprinzip folgen, welches Effektivität von Verwaltung und Rechtspflege, Rechtssicherheit und Rechtsfrieden gewährleisten soll. Ich mache hiermit explizit geltend, dass mir ein formales Recht und die theoretische Möglichkeit zugestanden werden muss, nicht nur einfach das betreffende Gericht anrufen zu können. Vielmehr habe ich einen substantiellen Anspruch auf eine tatsächlich wirksame gerichtliche Kontrolle der Rechts- und Tatsachenfragen. Dabei darf der Gesetzgeber den Zugang zum Gericht weder in grundsätzlicher Weise ausschliessen noch in unzumutbarer Weise erschweren oder behindern, was vorliegend jedoch geschehen ist. Im Ergebnis muss ich mit dem gerichtlichen Verfahren meine Rechte unter Beachtung der prozessrechtlichen Voraussetzungen durchsetzen können.

Erwecken die Erwägungen des Richters den Eindruck, er habe weder die Äusserungen der Beschwerdeführenden, noch die vorgebrachten Beweismittel zur Kenntnis genommen, so ist die Effektivität des Gerichts nicht mehr gewährleistet, was hier der Fall ist.

Der grundsätzliche Umfang der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle erstreckt sich nach traditioneller Lehre auf die Prüfung der *Rechtsfragen*, d.h. des gesamten anwendbaren, einschlägigen Rechts, so des Gesetzes-, Verordnungs- und des unmittelbar anwendbaren Verfassungs- und Völkerrechts. Das Verwaltungsgericht hat aus Gründen des Individualrechtsschutzes *auch* den *Sachverhalt* umfassend zu überprüfen. Nach methodologischen Untersuchungen ergibt sich eine Gesetzesauslegung und -anwendung aus den Interaktionen der Akteure unter Anrufung von Normen in einer *kontextabhängigen Situation*. Der Ausschluss, resp. die Verweigerung der geforderten gerichtlichen Sachverhaltsprüfung hat vorliegend den Gerichtszugang in einem ganz wesentlichen Punkt verhindert.

Die blosser Prüfung der Rechtsfragen könnte den gerichtlichen Individualrechtsschutz faktisch zurücknehmen. Denn die Unterscheidung zwischen Rechts- und Tatbestandsfragen ist letztlich nicht praktikabel, da die Rechts- und Tatbestandsfragen nicht klar auseinanderzuhalten sind.

Die Kompetenzabgrenzung zwischen Verwaltungsgerichten und Exekutive stellt im Hinblick auf die unbestimmten Rechtsbegriffe eine eigentliche "quaestio diabolica" der Verwaltungsgerichtsbarkeit dar. Potentiell gibt die Prüfung der Rechtmässigkeit und damit aller unbestimmten Rechtsbegriffe den Verwaltungsgerichten eine erhebliche Macht. Das Verwaltungsgericht wäre dazu verpflichtet, seine 'übergreifende Kompetenz mit richterlicher Zurückhaltung zu bändigen', was vorliegend nicht geschah. Vielmehr hat das Verwaltungsgericht die Verpflichtung verletzt, meine Äusserungen und Eingaben als Beschwerdeführerin zur Kenntnis zu nehmen und angemessen in seine Erwägungen einzubeziehen.

Der Beschwerdegegnerin wurde zudem auf Tatbestandsebene ein vom Verwaltungsgericht nicht nachprüfbarer Beurteilungsspielraum eröffnet, indem die Geheimhaltung offenzulegender entscheidungsrelevanter Grundlagen durch die Vi1 nicht aufgehoben wurde. Eine umfassende Nachprüfung des Verwaltungshandelns konnte dadurch in tatsächlicher und in rechtlicher Hinsicht nicht erfolgen. Die Beschreitung des Rechtswegs führte somit auch nicht zu einer sachlichen Entscheidung, die den Rechtsverletzungen wirksam entgegen getreten wäre.

b) Ungenügender Minimalstandard betreffend Rechtsschutz bei Stimmrechtsverletzungen im Kanton Schwyz (Gebührenerhebung / Parteientschädigung)

Der Gesetzgeber verletzt seine Leistungsverpflichtungen dann, wenn er untätig bleibt oder aber ein Prozessrecht schafft, das dem geforderten Minimalstandard an Rechtsschutz nicht genügt. Wenn sich die Vorinstanz und die Beschwerdegegnerin darauf berufen wollen, im Kanton Schwyz sei eine Stimmrechtsbeschwerde nicht kostenlos durch das zuständige Gericht zu behandeln, so ist hier ein korrigierender Grundsatzentscheid des Bundesgerichts erforderlich.

Die dem Gesetzgeber obliegende normative Ausgestaltung des Rechtswegs muss wirkungsvollen Rechtsschutz gewähren und für den Rechtssuchenden zumutbar sein. Bei Kostenaufgaben wie vorliegend, die ausserdem zur Finanzierung eines geradezu skandalös oberflächlichen Entscheids gesprochen wurden, ist nicht einmal ein Minimalstandard an Rechtsschutz gewährleistet. Die Kosten hätte ich also zu tragen, obwohl ich mich zu Recht beschwert habe, was durch die Faktenlage und den klaren Volksentscheid belegt wird.

Das Verwaltungsverfahren darf nicht so ausgestaltet sein, dass der gerichtliche Rechtsschutz vereitelt oder unzumutbar erschwert wird, was bei Kostenauflegung von Fr. 4'200.- zu meinen Lasten der Fall ist. Die Vorinstanz hat überdies ihr Kostenverdict ausreichend zu begründen und zu dokumentieren, um die Grundlage für eine gerichtliche Überprüfung zu schaffen. Dies ist hier keineswegs angemessen geschehen.

Verstösst die Vorinstanz aber in so schwerwiegender Weise gegen die wesentlichen Rechtsgrundsätze und straft meine – in Besorgnis um die offensichtlichen und immer mehr ausufernden Kompetenzüberschreitungen und Rechtsverletzungen durch die kantonalen und kommunalen Behörden erhobene – Stimmrechtsbeschwerde noch zusätzlich mit unverhältnismässig hohen Kosten ab, so ist dies ein Akt unzulässiger öffentlicher Gewalt.

Das Schwyzer Verwaltungsgericht hätte auf kantonaler Ebene zur Aufgabe, das Bundesgericht als oberste Gerichtsbarkeit zu entlasten. Dessen Urteil in dieser Stimmrechtssache führt jedoch zum exakten Gegenteil, und leider ist dies kein Einzelfall: Aufgrund chronisch rechts- und verfassungswidriger Entscheide des Verwaltungsgerichts sind Stimmbürger im Kanton Schwyz fortgesetzt gezwungen, ihre Beschwerden ans Bundesgericht weiterzuziehen, um überhaupt gehört zu werden.

Im Kanton Schwyz existiert derzeit kein einheitlicher Gebührenerlass¹. Eine solche Regelung tritt erst per 1.1.2011 in Kraft. Die Kostenauflegung ist willkürlich.

c) Fehlende Gewaltentrennung und fehlende Unabhängigkeit des Verwaltungsgerichts

Beim Entscheid der Vorinstanz ist die Unabhängigkeit der Rechtsprechung und die Unparteilichkeit und Sachlichkeit des Gerichts nicht gegeben. So hat sich die Vorinstanz u.a. auch eigens als Sekretariat der Vi1 inszeniert, telefonisch eingeholte Auskünfte selber skizziert und formuliert, um dann die eigenen Formulierungen, erstellt vom ‚Hören Sagen‘, auf meine Kosten, aber zu meinen Ungunsten auch noch als „glauwürdig“ zu titulieren. Die Vorinstanz nimmt in den gesamten Erwägungen zu ihrem Entscheid sachwidrig und eindeutig Partei zugunsten der Vi1 und schützt deren offensichtlich unverhältnismässige, irreführende und falsche Handlungen.

Angesichts der gerügten weitgehenden Vorbefasstheit der Vorinstanz ist bezüglich der Handlungen der Vi1 auf kantonaler Ebene keine Rechtsschutz-wirksame Gewaltentrennung vorhanden.

¹ Gestützt auf § 150 Abs. 3 der Gerichtsordnung, SRSZ 231.110, GO, hat der Regierungsrat die Gebührenordnung für die Verwaltung und die Rechtspflege im Kanton Schwyz, SRSZ 173.111, GebO, erlassen und darin gewisse allgemeine Bestimmungen über die Erhebung und den Bezug von Gebühren festgelegt. Im gleichen Erlass hat er einzelne Verwaltungsgebühren sowie die Gebühren für die Verwaltungs-, die Straf- und die Zivilrechtspflege festgesetzt. **Die gesetzliche Grundlage für eine grössere Zahl von regierungsrätlichen Gebührenordnungen und -tarifen, d.h. die derzeitige Bestimmung von § 150 GO, ist in mehrfacher Hinsicht nicht über alle Zweifel erhaben.** Zum einen überzeugt die Verankerung in der Gerichtsordnung nicht vollends. Die Gerichtsordnung regelt im Wesentlichen die Organisation der kantonalen Gerichte und der Bezirksgerichte, der Untersuchungs- und Anklagebehörden; zudem enthält sie Bestimmungen zur Justizverwaltung und einzelne Verfahrensvorschriften. **Soweit § 150 Abs. 3 GO nicht nur als Grundlage für die Festlegung von Gerichts- bzw. Prozesskosten, sondern auch von allgemeinen Staats- und Verwaltungsgebühren dient, kann in Frage gestellt werden, ob die Gerichtsordnung dafür das richtige Erlassgefäss darstellt. Zum andern ist die gesetzliche Grundlage in materieller Hinsicht sehr knapp gehalten. Im Wesentlichen erschöpft sie sich in einer Delegationsnorm.** Während der Gegenstand der Abgabe (Gebühren für die Verwaltung und die Rechtspflege) grob umrissen wird, werden zum Kreis der Abgabepflichtigen und zu den Bemessungsgrundlagen keinerlei Vorgaben gemacht. **Die gesetzliche Grundlage für die Gebührenerhebung vermag den verfassungsrechtlichen Vorgaben deshalb nur knapp zu genügen** (vgl. RRB Nr.169/2010 vom 16. Februar 2010, Gebührengesetz).

Der Gesetzgeber wäre jedoch verpflichtet, Vorkehrungen zu treffen, um befangene Richter ausschliessen und damit die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit des Gerichts sicherstellen zu können, was im Kanton Schwyz nicht gewährleistet ist und weshalb ich das Bundesgericht um Intervention anrufe.

d) Verweigerung des rechtlichen Gehörs

Erst dadurch, dass der Gesetzgeber ein Prozessrecht ausformt, werden die Voraussetzungen geschaffen, um ‚vor Gericht‘ rechtliches Gehör beanspruchen zu können. Darüber hinaus verlangt der Rechtsschutz immer ein Tätigwerden bzw. ein Mitwirken des Richters. Als Bürgerin habe ich ein diesbezügliches Handeln, d.h. eine Leistung verlangt, die vorliegend praktisch nicht erbracht, aber mir dennoch zu Fr. 4'200.- verrechnet wurde.

Durch den Anspruch auf rechtliches Gehör wird nicht nur eine im Rechtsstaatsprinzip wurzelnde Garantie normiert. Der Anspruch auf rechtliches Gehör ist darüber hinaus auf die Menschenwürde zurückzuführen, da die Menschenwürde beinhaltet, dass niemand zum blossen Objekt des gerichtlichen Verfahrens gemacht werden darf. In meiner Beschwerdebegründung habe ich explizit die Verweigerung des rechtlichen Gehörs im vorinstanzlichen Verfahren gerügt, die ursächlich zur beanstandeten Ablehnung meiner Beschwerde und zur Kostenerhebung führte.

e) Unentgeltliches Stimmrechtsverfahren / Verletzung des Kostendeckungsprinzips, des Äquivalenzprinzips und des Gleichbehandlungsgebots

Die Grundsätze zur Gebührenerhebung ergeben sich aus der Verfassung. Darin ist klar enthalten, dass Stimmrechtsbeschwerden in erster Instanz keine Gerichtskosten auszulösen vermögen. Auch das Auferlegen von Parteientschädigungskosten verletzt übergeordnetes Recht und ist willkürlich.

Die Kostenauflegung ist auch deshalb nicht statthaft, weil ich im ausschliesslich öffentlichen Interesse Beschwerde führe, und somit für mich als Privatperson grundsätzlich keinerlei materiellen Gegenwert beanspruche / beansprucht habe.

Das – hier ebenfalls verletzte – Äquivalenzprinzip besagt, dass die Höhe der Gebühr in einem vernünftigen Verhältnis zum Wert stehen muss, den die staatliche Leistung für die abgabepflichtige Person hat. Zu berücksichtigen sind dabei die wirtschaftliche Bedeutung und das Interesse der abgabepflichtigen Person an der Leistung. Das Äquivalenzprinzip verlangt, dass eine Kausalabgabe im Einzelfall nicht in einem offensichtlichen Missverhältnis zum objektiven Wert der bezogenen Leistung oder des abgegoltenen Vorteils stehen darf und sich in vernünftigen Grenzen bewegen muss. Das Äquivalenzprinzip konkretisiert das Verhältnismässigkeitsprinzip und das Willkürverbot im Bereich der Kausalabgaben (vgl. Hungerbühler, a.a.O., S. 522). In meinem Fall hat das Verwaltungsgericht bei der Festsetzung der Gebühr den Zeitaufwand, die Bedeutung der Sache und den Nutzen für mich als ‚abgabepflichtige Person‘ nicht rechtskonform gewichtet.

Im Übrigen wurde durch die mir auferlegten Gerichtskosten auch das Kostendeckungsprinzip verletzt, indem eine Gebühr von Fr. 2'000.- viel zu hoch angesetzt ist für ein Papier, das praktisch zur Hälfte aus copy/paste-Teilen der Vi1-Vernehmlassung besteht. Die Vorinstanz wäre verpflichtet gewesen, zwischen kostenabhängigen und kostenunabhängigen Gebühren zu unterscheiden. Hinzu kommt, dass der Entscheid der Vorinstanz unter Pkt.2 vorgibt, dass die Frist zur Einzahlung der Verfahrenskosten innerhalb der gesetzlichen Frist für den Weiterzug ans Bundesgericht gesetzt wurde, was ebenfalls nicht rechtskonform ist. Zitat: „Die Verfahrenskosten von insgesamt Fr. 2'200.- (Gerichtsggebühr inkl. Kanzleikosten und Barauslagen) werden der Beschwerdeführerin auferlegt. Sie hat

am 12. April 2010 einen Kostenvorschuss von Fr. 1'200.- entrichtet, sodass sie innert 30 Tagen seit der Zustellung dieses Entscheides noch einen Betrag von Fr. 1'000.- auf das Postkonto Nr.60-22238-6 des Verwaltungsgerichts einzuzahlen hat.“

Ich bitte um antragsgemässen Entscheid.

Mit freundlichen Grüssen

Irene Herzog-Feusi

Eine Umfrage soll Klarheit bringen

Mit einer Telefonumfrage wollen der Kanton Schwyz und die Höfner Gemeinden Grundlagen für die neue Diskussion über die Verkehrsoptimierung Höfe schaffen. «Nicht gleich auflegen» heisst somit die Devise für alle, die einen entsprechenden Anruf erhalten.

Von Frieda Suter

Schwyz. – Zuerst die Grundlagen, dann die Diskussion: Wie schon im September angekündigt, informieren jetzt der Kanton Schwyz und die Höfner Gemeinden über die nächsten Schritte zur Lösung der Verkehrsprobleme im Bezirk Höfe. Ein Entscheid, wie es mit der Verkehrsoptimierung Höfe weitergeht, soll spätestens Ende 2011 fallen.

Bis Ende Jahr läuft im Auftrag des Kantons Schwyz eine Umfrage bei der Höfner Bevölkerung. **Der anschliessende Dialog soll eine demoskopisch einwandfreie Basis haben.** Entsprechend haben die Behörden einem **spezialisierten Institut** das Mandat erteilt, eine Studie über den Meinungs- und Wissensstand der Höfner Bevölkerung in Bezug auf die regionale Verkehrsplanung durchzuführen. **«Das neutrale, wissenschaftlich arbeitende und erfahrene Institut hat wiederholt dazu beigetragen, ähnlich schwierige Fragenkomplexe wie die Verkehrsplanung Höfe zu klären»**, schreibt das Baudepartement in einer Medienmitteilung. **Anfang 2011 soll eine Studie vorliegen, welche die Bedürfnisse und Vorstellungen der Bevölkerung wiedergibt.**

Mehrheitsfähige Lösung als Ziel

Mit der Studie als Grundlage soll im nächsten Jahr ein neuer Dialog beginnen. Das Ziel ist, Impulse aus einem möglichst breiten Spektrum der Bevölkerung in die neue Planung einfliessen zu lassen. «Eine Abstimmung kann man nur mit einer Mehrheit gewinnen», sagt Franz Gallati, Kantonsingenieur beim Tiefbauamt. Um nicht ein zweites Mal mit einem Vorschlag an der Urne zu scheitern, wolle man schon vor der konkreten Planung wissen, welche Projekte von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen werden. «Solange nicht gebaut ist, kann man überlegen», sagt Franz Gallati. Dass es bei jedem Vorschlag jemanden gibt, der etwas hergeben muss, liegt in der Natur der Sache. Man will jetzt aber konkret wissen, zu was die Bevölkerung in Bezug auf die Verkehrsprobleme bereit ist.

Dialog begann mit Masterplan

Vorwürfe, zu wenig mit der Bevölkerung diskutiert zu haben, will Franz Gallati nicht stehen lassen. Der Dialog zum Thema habe bereits bei der Ausarbeitung des Masterplans begonnen. «Die Bevölkerung war von Anfang an einbezogen», sagt er. Da die Verkehrsoptimierung Höfe ein komplexes Thema ist und nebst mehreren Gemeinden auch den Kanton und den Bund betrifft, braucht es offensichtlich mehr Gespräche als bisher geführt wurden.

«Mein Eindruck war, dass alle, die sich mit einem Problem befassten, auch Verständnis für Lösungen aufbringen konnten», sagt Franz Gallati. **Es gehe bei der Umfrage auch darum, Gewissheit darüber zu bekommen, ob sich einzelne Gruppierungen oder vielleicht sogar eine Minderheit Gehör verschaffen konnten, weil sich zu viele, die anderer Meinung waren, passiv verhalten haben.**

Den neuen Dialog rund um die Verkehrsoptimierung Höfe ausgelöst hat hauptsächlich das Nein der Freienbacher Stimmbürger im Juni zum Investitionsbeitrag für den Zubringer Wilenstrasse (Fällmistunnel). Zudem sind bei der Planung der Umfahrungsstrasse von Pfäffikon Probleme mit Grundwasser aufgetreten, die massive Mehrkosten verursachen.

9.11.2010 / 23:52 / hoefner.ch